

N I E D E R S C H R I F T
über die
öffentliche Sitzung des Gemeinderates
DER STADT ST. GEORGEN IM SCHWARZWALD

Tag: Mittwoch, den 24.04.2024
Ort: Rathaus, großer Sitzungssaal
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 20:40 Uhr

ANWESEND:

Vorsitzender

Herr Michael Rieger

Ehrenamtliche Mitglieder

Herr Peter Fichter
Herr Axel Heinzmann
Frau Kirsten Heinzmann
Herr Kai Noel
Frau Beate Rodgers
Herr Dirk Schmider
Herr Markus Schwarzwälder
Herr Ernst Laufer
Herr Vincenzo Sergio
Herr Gabriel Dörr
Herr Guido Santalucia
Herr Hansjörg Staiger
Frau Karola Erchinger
Herr Gerd Haas
Frau Hedwig König
Herr Hans-Peter Rieckmann
Herr Fritz Weißer
Herr Dr. Jörg Zimmermann
Herr Jochen Bäsch
Herr Georg Wentz

Sachkundige Einwohner

Herr Hartmut Breithaupt
 Herr Franz Günter
 Herr Joachim Kieninger
 Herr Klaus Lauble

Ortsvorsteher Langenschiltach
 Ortsvorsteher Oberkirmach
 Vertreter aus dem Stockwald
 Ortsvorsteher Peterzell

Beamte, Sachverständige usw.

Frau Blanka Amann
 Frau Anna Benner
 Herr Giovanni Costantino
 Frau Victoria Dillmann
 Frau Tabea Epting
 Herr Alexander Tröndle

bis 23.25 Uhr
 bis 23.25 Uhr
 bis 23.25 Uhr
 bis 23.25 Uhr

Schriftführer

Frau Nicole Dorer

ABWESEND:**Ehrenamtliche Mitglieder**

Herr Oliver Freischlader
 Herr Andre Müller

entschuldigt
 entschuldigt

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende fest:

1. Das Gremium ist durch Ladung vom 11.04.2024 ordnungsgemäß einberufen worden.
2. Das Gremium ist beschlussfähig.

Bürgermeister Rieger teilt mit, dass der frühere Bürgermeister und Mitbegründer der Städtepartnerschaft mit Vesilahti, Erkki Paloniemi, am 13.04.24 verstorben sei. Er habe die Partnerschaft mit St. Georgen gelebt. Zu der Trauerfeier werde eine kleine Delegation aus St. Georgen anreisen.

1 Fragestunde für Einwohner

Protokoll:

a) Verkehr Obere Gerwigstraße

Eine Bürgerin bemängelt, dass die Schilder „verkehrsberuhigter Bereich“ in der oberen Gerwigstraße, kommend von der Hauptstraße und der Schulstraße, nicht gut sichtbar seien. Zudem gäbe es immer wieder widerrechtlich parkende Fahrzeuge in diesem Bereich. Bürgermeister Rieger sagt zu, dies prüfen zu lassen.

b) Bürgermeisterwahl

Herr Kimmich übergibt an Herrn Bürgermeister Rieger ein Holzkunstwerk und wünscht ihm alles Gute für die Bürgermeisterwahl am 05.05.24.

2 Bekanntgaben, Verschiedenes

Protokoll:

a) Innenstadtsanierung

Bürgermeister Rieger gibt bekannt, im Rahmen des Städtebauförderprogramms 2024 erhalte die Stadt St. Georgen 1,4 Mio. Euro Zuschuss für die Innenstadtsanierung. Dies bestätige auch, dass der richtige Weg eingeschlagen wurde und dies auch vom Land anerkannt werde.

b) Roter Löwen

Bürgermeister Rieger bedankt sich bei allen Beteiligten für die Mitgestaltung des Tags der offenen Tür im Roten Löwen. Die Rückmeldungen seien sehr positiv. Das Gebäude komme gut an. Aktuell gebe es eine Probewoche im Café, am 02.05.24 starte dann der gesamte Betrieb.

3 Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nicht öffentlichen Sitzung vom 20.03.2024

Protokoll:

- a) Der Gemeinderat hat der Einstellung einer neuen Leitung für die Volkshochschule zugestimmt.

-
- b) Der Gemeinderat hat die Ingenieurleistungen für den Ausbau der Spittelbergstraße Süd vergeben.
 - c) Der Gemeinderat hat die Ingenieurleistungen für die Kanalinspektion für das Jahr 2024 vergeben.
 - d) Der Gemeinderat hat die Ingenieurleistungen für die Kanalsanierung für das Jahr 2025 vergeben.

4 **Energiekonzept Bauhof und Wasserwerk St. Georgen** **Vorlage: 049/24**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Sliz vom Büro Autensys.

Stadtbaumeister Tröndle führt aus, im Jahr 2022 sei das Thema durch die Energiesparverordnung aufgekommen. Durch die Gewächshäuser habe der Bauhof einen hohen Energiebedarf. Die Heizungsanlage sei bereits in die Jahre gekommen und es sei eine Frage der Zeit, bis diese erneuert werden müsse. Vorteil sei, dass der Bauhof auf der alten Kläranlage stehe und somit genügend Lagermöglichkeiten für z.B. Hackschnitzel, Grüngut usw. vorhanden sei. Für die Auswahl und den Vergleich der Anlagen bräuchte die Verwaltung Unterstützung von einem Büro, da alles auch wirtschaftlich dargestellt sein solle. Bereits seit einem halben Jahr sei man mit Autensys in Kontakt.

Frau Sliz stellt dem Gremium die Abschlusspräsentation für das Energiekonzept des Bauhofs und Wasserwerks vor. Ziel sei, eine nachhaltige Energieversorgung für den Bauhof und das Wasserwerk zu gewährleisten. Das Wasserwerk habe einen Strombedarf von 335 kWh/a und der Bauhof von 44 kWh/a. Zudem habe der Bauhof durch die Gewächshäuser einen Wärmebedarf von 750 kWh/a. Die für den Bauhof geplante Photovoltaikanlage könne für das Wasserwerk einen Ertrag von 45.000 kWh/a und für den Bauhof von 188.500 kWh/a abwerfen.

Sie erläutert die Unterschiede eines Hackschnitzelkessels, der Pyrolyse-Anlage und des Holzvergaser-BHKWs und betrachtet jeweils die Nachhaltigkeit, Wirtschaftlichkeit und den Betriebsaufwand.

Bei der Hackschnitzelanlage sei die Nutzung von Grüngut und Waldholz möglich. Allerdings sei eine Vortrocknung notwendig, ebenso eine Häckselung der Biomasse. Eigener Brennstoff sei in ausreichender Menge vorhanden.

In einem Ampelbild zeige sich die Nachhaltigkeit grün, die Wirtschaftlichkeit grün und der Betriebsaufwand orange.

Die Pyrolyseanlage sei im Genehmigungsprozess aufwändig. Zudem werde die doppelte Menge an Biomasse für die gleiche Wärmemenge im Vergleich zum Holzhackschnitzelkessel benötigt. Für den Betriebsaufwand würden täglich etwa zwei Stunden benötigt.

In dem Ampelbild zeige sich die Nachhaltigkeit grün, die Wirtschaftlichkeit orange und der Betriebsaufwand rot.

Beim Holzvergaser sei ebenfalls die Nutzung von Grüngut und Waldholz möglich. Auch hier sei eine grobe Vorhäckselung der Biomasse nötig. Eine Vortrocknung des Waldholzes auf eine max. Restfeuchte von 10 % müsse hierfür erfolgen. Pluspunkt bei dieser Variante sei die zusätzliche Stromerzeugung durch ein BHKW.

Im Ampelbild zeige sich die Nachhaltigkeit grün, die Wirtschaftlichkeit orange und der Betriebsaufwand ebenfalls orange.

Frau Sliz erläutert zudem die Luft-Wasser-Pumpe als hybrides System mit dem Holzhackschnitzelkessel.

Somit ergäben sich vier Varianten:

Variante 1:

Grundlastversorgung über Holzhackschnitzelkessel + Luft-Wärmepumpe; Spitzenlastversorgung über Holzhackschnitzelkessel + Pufferspeicher. Die Stromversorgung erfolge über die PV-Anlage und das Stromnetz. Als Betreibermodell sei ein eigener Invest und Betrieb möglich.

Variante 2:

Grundlastversorgung mit Holzhackschnitzelkessel; Spitzenlastversorgung über Pufferspeicher. Die Stromversorgung erfolge über die PV-Anlage und das Stromnetz. Als Betreibermodell sei ein eigener Invest und Betrieb möglich.

Variante 3:

Grundlastversorgung mit einem Holzvergaser-BHKW; Spitzenlastversorgung: Holzhackschnitzelkessel + Pufferspeicher. Die Stromversorgung erfolge über die PV-Anlage, das BHKW und das Stromnetz. Als Betreibermodell sei ein eigener Invest und Betrieb möglich.

Variante 4:

Grundlastversorgung mit einer Pyrolyse-Anlage + Holzhackschnitzelkessel; Spitzenlastversorgung: Pufferspeicher. Die Stromversorgung erfolge über die PV-Anlage und das Stromnetz. Als Betreibermodell sei ein Contracting Invest und Betrieb möglich.

Es werde vorgeschlagen, das Wasserwerk an den Bauhof anzuschließen. Diese Möglichkeit müsse geprüft werden. Die PV-Anlage auf dem Bauhof liefere viel Strom. Das Wasserwerk könne nur bei einer Verknüpfung profitieren.

Das Schaubild des jährlichen Energiebedarfs zeige, Varianten 1 und 2 könnten erhebliche Mengen Endenergie einsparen, da Wärmepumpe und Holzkessel im Vergleich zur Pyrolyse effizienter arbeiten.

Über die Wärmepumpe werde bei Variante V1 ein Großteil der Wärmemenge aus der Umgebung (Außenluft) gewonnen. Effizienz-Faktor (COP) betrage etwa 2, d.h. aus einer Einheit Strom werden etwa 2 Einheiten Wärmeenergie erzeugt. Dadurch werde mehr Strom aus dem Netz bezogen im Vergleich zu anderen Varianten.

Durch Wärme- und Stromerzeugung der Variante 3 ergebe sich ein höherer Holzbedarf im Vergleich zu Variante 2.

Endenergiebedarf der Variante 4 sei am höchsten, aufgrund der hohen Brennstoffbedarfe. Es werde die doppelte Menge an Holz für Pyrolyse im Vergleich zu Holzkessel benötigt.

Die Stromerzeugung erfolge in allen Varianten über Dach- PV-Anlagen sowie zusätzlich über BHKW bei Variante 3.

Durch die hohe Stromerzeugung bei Variante 3 sei der Stromrestbezug aus dem öffentlichen Netz im Vergleich zu anderen Varianten niedrig. Bei Variante 1 sei der Strombedarf und Reststrombezug am höchsten aufgrund des Betriebs der Luft-Wärmepumpe.

Bei der Wirtschaftlichkeit zeige sich bei Variante 1, dass die Kosten aufgrund des weniger effizienten Betriebs der Luft-Wärmepumpe (hohe Vorlauftemperaturen) und dem hohen Invest vergleichsweise hoch seien.

Variante 2 erziele niedrige Kosten aufgrund geringerem Invest und vergleichsweise niedrigen Verbrauchskosten.

Variante 3 mit BHKW schneide wegen dem KWK-Zuschlag für Stromeinspeisung und –verbrauch am besten ab.

Höhere Anschaffungs-, Betriebskosten und Contracting- Marge bei Variante 4 mache diese sehr teuer. Bei Pyrolyse- Varianten könnten die Kosten über Vermarktung der Pflanzenerde und Verkauf der CO₂-Zertifikate abgefangen werden.

Als Empfehlung spricht Frau Sliz sich für die Variante drei aus.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, die Verwaltung favorisiere auch die Variante drei. Das Material könne über den Bauhof geliefert werden, u.a. Grünschnitte, Bäume usw. Mit Herrn Leser vom Forst wurde gesprochen. Auch aus dem eigenen Wald könne das Holz genutzt werden. Somit stelle sich diese Variante als wirtschaftlichste dar. Durch die PV-Anlage auf dem Bauhof könne das Wasserwerk bei einem Anschluss mitversorgt werden.

Stadtrat Fichter gibt den Hinweis, dass ganz in der Nähe des Bauhofs und Wasserwerks sich die geplanten Retentionsfläche befindet. Er schlage für diesen Bereich Freiflächensolaranlagen vor, um weiteren Strombedarf dadurch decken zu können. Evtl. seien Wärmepumpen machbar.

Stadtrat Wentz wirft Bedenken bei der Wartung des Holzvergaserkessels auf. Er selbst habe sich danach auch schon erkundigt. Der Zeitaufwand und somit die Kosten seien sehr hoch. Material sei sicherlich genügend vorhanden, aber ob die Anlagen schon so ausgereift seien, stelle er in Frage. Er würde gerne solch eine Anlage in der näheren Umgebung besichtigen.

Frau Sliz führt aus, er handle sich um eine ausgereifte Technologie, schon viele Anlagen würden betrieben. Der Wartungsaufwand sei höher als bei Hackschnitzelkessel. Für kleinere Wartungen sehe sie das Personal vom Bauhof. Dies sei sicher ein Vorteil. Sie sehe den Holzvergaserkessel gut einsetzbar.

Stadtbaumeister Tröndle erklärt, durch das Bauhofpersonal sei man in der Lage, selbst nach der Anlage schauen zu können. Er wolle sich erkundigen, ob in der Nähe eine Anlage zu besichtigen sei. Heute solle erst einmal die Richtung vorgegeben werden.

Stadtrat Wentz wolle die Technologie auf keinen Fall in Frage stellen. Er wolle nur darauf hinweisen, dass dieser Punkt im Auge behalten werden müsse, was die Wartung betreffe. Eine Photovoltaikanlage auf der Retentionsfläche mache durchaus Sinn.

Stadträtin König erkundigt sich, ob die Vortrocknung des Materials nicht auch viel Energie benötige.

Frau Sliz erklärt, es müsse der Energieverbrauch für die Vortrocknung gerechnet werden, dies sei richtig. Man sei mit Herrn Leser vom Forst im Austausch. Das Holz könne über eine gewisse Zeit bereits an der Luft trocknen. Zudem werde eine Getreidetrocknungsanlage empfohlen.

Stadträtin König erkundigt sich nach den Fördermöglichkeiten zu den unterschiedlichen Varianten.

Frau Sliz erwähnt, für die Wärmeerzeugung könne keine Förderung abgegriffen werden. Die Holzvergaseranlagen seien zukunftsfähig und würden deshalb auch dementsprechend gefördert.

Stadträtin König erkundigt sich nach der Empfehlung der Variante 3, die im „Ampelvergleich“ nicht als beste Variante abschneide.

Frau Sliz antwortet, im „Ampelvergleich“ seien die Zuschüsse nicht berücksichtigt worden. Diese müssten noch bei der Wirtschaftlichkeit mit eingerechnet werden.

Stadtrat Laufer erkundigt sich nach der zu erwartenden Verbrauchsmenge an Holz pro Jahr. Für eine Restfeuchte von 10 % bedürfe es hoher Energiekosten. Dies müsse bei der Wirtschaftlichkeit auch mitbedacht werden. Zudem brauche es viel Lagerkapazität für die Trocknung.

Frau Sliz erklärt, im Bauhof sei genügend Lagerraum vorhanden. Die Holzmenge könne sie nicht beziffern, dies sei für die Präsentation in kWh umgerechnet worden.

Stadtbaumeister Tröndle verweist auf die Vortrocknung bereits im Wald.

Stadträtin Erchinger fragt an, ob schon absehbar sei, wie eine Förderung nach 2026 aussehen könne.

Frau Sliz antwortet, dies sei bereits schon Thema. Sie gehe davon aus, dass es eine Verlängerung der Förderung geben werde.

Bürgermeister Rieger weist darauf hin, die Lösung sei keine hundertprozentige, aber nachhaltig.

Stadtrat Heinzmann führt aus, die Vortrocknung sei entscheidend und wichtig. Die Technologie sei schon lange gut. Mit dem eigenen Grünschnitt mache die Anlage sicher Sinn.

Er bittet um Prüfung, ob eine separate kleine Pyrolyse-Anlage für die Stadtgärtnerei sinnvoll wäre. Es gehe um keine große Investition und die Pflanzkohle könne von der Stadtgärtnerei gut verwertet werden.

Beschluss:

- a) Nach ökonomischer Abwägung aller vier erarbeiteten Varianten, beschließt der Gemeinderat die Variante 3, die bestehende Gasheizung mit einem Holz-Vergaser BHKW für die Strom und Wärmezeugung zu ersetzen.

- b) Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung ein entsprechendes Fachplanungsbüro auszuschreiben, um die Variante 3 zu Projektieren und umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

**5 Sachstandsbericht zum Absaugen des Klosterweiher und möglichen Einschränkungen des Badebetriebs
Vorlage: 048/24**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dam von der Firma Amodes.

Bürgermeister Rieger führt aus, ca. 50 % des Schlammes seien entfernt und entsorgt worden. Heute wolle er einen Zwischenbericht über die Arbeiten geben. Durch die Munitionsfunde könnten die Arbeiten nicht mehr wie geplant weitergeführt werden. Zudem stehe die Badesaison an und es müsse ein Kompromiss gefunden werden, denn ein Badebetrieb während den Aussaugarbeiten sei durch die Munitionsfunde nicht mehr möglich.

Herr Dam erklärt, bis vor einem halben Jahr seien die Arbeiten ganz normal und auch einigermaßen im Zeitplan gelaufen. Das letzte halbe Jahr sei sehr schwer gewesen. Durch die Munitionsfunde musste nach Lösungsmöglichkeiten gesucht werden, weiterhin Schlamm aussaugen zu können. Weitere Arbeiten konnten durch eine Fernsteuerung erfolgen. Allerdings wurde ein Sicherheitsabstand zwischen Arbeiter und Aussaugbagger vorgeschrieben. Da es noch keine Funklösung gebe, sei man hier immer wie-

der an die Grenzen gestoßen und habe viel Zeit verloren. Mitte Mai gebe es nun einen Prototyp für die Fernsteuerung. Für die Badesaison müsse es nun einen Kompromiss geben, denn gleichzeitig Baden und Aussagen sei nicht möglich. Ziel müsse sein, vor der nächsten Frostperiode mit den Arbeiten fertig zu sein. Ein weiterer Winter würde auch die Kosten stark in die Höhe treiben lassen. Die Firma Amodes sei kompromissbereit. Wichtig sei, dass die Tagesarbeitszeit von 9 – 10 Stunden erfüllt werde, da ansonsten weitere Mehrkosten entstünden.

Bürgermeister Rieger erklärt, die sei die momentane Situation. Er sei froh, dass der Klosterweiher erhalten bleiben könne. Ohne die Aussaugarbeiten wäre dies nicht möglich gewesen. Für die Badezeiten müsse jetzt für die kommende Saison ein Kompromiss gefunden werden. Es gehe noch um eine Saison und dann habe St. Georgen wieder ein schönes Badegewässer. Eine Nachtbaustelle könne aufgrund eventueller Ruhestörungen nicht empfehlen. Die Dezibelzahl müsse eingehalten werden. Wichtig sei ihm, alle Anlieger mitzunehmen. Man wisse, dass manche Anlieger schwierig seien.

Stadtbaumeister Tröndle erwähnt, es gehe nun um eine Entscheidung, die die Verwaltung alleine nicht treffen wolle. Im letzten Jahr habe der Badebetrieb gut funktioniert. Nach dem Munitionsfund wolle aber niemand diese Verantwortung übernehmen. Bis November 2024 solle der Weiher ausgesaugt sein, ansonsten entstünden enorme Zusatzkosten. Mit Amodes könne man sich vorstellen, in der Zeit zwischen 5.00 und 14.00 Uhr die Aussaugarbeiten auszuführen und ab 14.00 Uhr den Badebetrieb laufen zu lassen. Während der Schulferien könne ein Badebetrieb ab 11.00 Uhr überlegt werden, allerdings werde dann Zeit verloren.

Herr Dam erklärt, 75 Dezibel sei das Maximale, 45 Dezibel die rechtliche Grenze. Es müsse geschaut werden, was im Wohngebiet ankomme. 5.00 Uhr bis 14.00 Uhr wäre für die Firma Amodes in Ordnung. Ein Beginn um 4.00 Uhr wäre optimaler, aber er sehe die Probleme mit den Anwohnern. Er biete an, bei Schlechtwetter mit zwei Trupps zu arbeiten. Dies könne nicht von einem auf den anderen Tag organisiert werden, aber wenn absehbar sei, dass es schlechteres Wetter gebe, wäre dies ein Option. Außerdem könne auch samstags bei Schlechtwetter gearbeitet werden. Er habe auch großes Interesse daran, vor dem nächsten Winter die Arbeiten abgeschlossen zu haben.

Stadträtin Erchinger sieht auch, dass es auf einen Kompromiss hinauslaufe. Arbeiten von 5.00 Uhr bis 14.00 Uhr sowie in Ferienzeiten bis 11.00 Uhr und ganztags bei Schlechtwetter wäre für sie in Ordnung. Ziel müsse sein, bis November die Arbeiten abzuschließen. Es müsse um Verständnis bei den Bürgern gebeten werden.

Stadtrat Fichter begrüßt die Arbeiten samstags bei schlechtem Wetter. Auch müsse konsequent das Bad bei schlechtem Wetter geschlossen werden.

Bürgermeister Rieger erwähnt, eine Öffnung des Bades ab 11.00 Uhr in

den Ferienzeiten sei nicht möglich. Es werde dadurch zu viel Zeit verloren.

Stadträtin Erchinger bittet, an schlechten Tagen dann aber das Hallenbad für die Bürger zu öffnen.

Bürgermeister Rieger antwortet, dies sei nicht machbar. Die Grundreinigung stehe u.a. an.

Auch Herr Dam erklärt, bei einer Arbeitszeit von nur 6 Stunden bis 11.00 Uhr komme es zu Mehrkosten. 5.00 Uhr bis 14.00 Uhr würde sich Amodes wünschen.

Stadtrat Sergio weist darauf hin, dass die Öffnungszeiten gut kommuniziert werden müssen. Auch die Temperaturen und die Uhrzeiten bei schlechtem Wetter.

Bürgermeister Rieger erklärt, bei einer Temperatur von 18 Grad um 10.00 Uhr, auch wenn es nicht regnet, müsse das Bad geschlossen werden.

Stadtrat Sergio bittet, alle Schulen über die Öffnungszeiten zu informieren.

Stadtrat Noel weist darauf hin, auf allen Kanälen die Öffnungszeiten zu kommunizieren, damit auch Auswärtige informiert seien.

Bürgermeister Rieger erklärt, die Homepage werde aktuell sein. Es müsse aber auch nachgeschaut werden.

Stadtrat Bäsch erklärt, die Wirtschaftlichkeit müsse Priorität haben. Daher dürfe auch in den Ferien erst ab 14.00 Uhr geöffnet werden. Es müsse eine klare Kommunikation geben. Eine Verlängerung an schönen Tagen am Abend sei sinnvoll.

Stadträtin Rodgers weist darauf hin, dass es sich von 5.00 Uhr bis 6.00 Uhr um Nacharbeit handle und fragt die Mehrkosten hierfür an.

Herr Dam antwortet, diese Stunde werde nicht extra berechnet.

Stadtbaumeister Tröndle erläutert die in der Vorlage aufgeführten Mehrkosten.

Bürgermeister Rieger teilt mit, dass aufgrund der Einträge durch die Straßeneinläufe von der Bundesstraße der Bund sich zu 70 % an den Mehrkosten beteilige.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat nimmt die vorgestellte Problematik zur Kenntnis und stimmt den voraussichtlichen Mehrkosten von ca. 168.000 EUR netto zu. Die überplanmäßige Ausgabe soll im Nachtragshaushalt 2024 abgebildet werden.

- b) Der Gemeinderat stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Zeiten für den Badebetrieb maßnahmenbedingt festzulegen.

Während den Schul- und Ferienzeiten findet der Badebetrieb von 14:00 – 20:00 Uhr statt. Am Wochenende gelten die normalen Öffnungszeiten. Bei einer Lufttemperatur unter 18 Grad um 10.00 Uhr findet kein Badebetrieb statt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

6 Bericht der Freiwilligen Feuerwehr St. Georgen

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt den Kommandanten der Feuerwehr St. Georgen, Herrn Kleiner.

Herr Kleiner bedankt sich für die Einladung. Im April 2022 habe er den letzten Bericht vorgetragen. Anhand einer Präsentation führt er mit verschiedenen Fotos von Einsätzen in seinen Vortrag ein.

Es zeichne sich ab, dass seit dem Jahr 2015 die Anzahl der Einsätze stetig nach oben steige. In diesem Zusammenhang sei ein immer größer werdendes Problem die Tagesverfügbarkeit der Kollegen. Die Feuerwehr sei daran, Möglichkeiten zu suchen, um dies zu verbessern.

Der Frauenanteil liege leider immer noch unter 10 %, dies dürfe gerne noch ansteigen. Zudem wäre es schön, städtische Bedienstete für die Arbeit bei der Feuerwehr gewinnen zu können, da diese Personen konstant vor Ort verfügbar seien. Insgesamt 139 Einsatzkräfte seien in den Abteilungen St. Georgen, Langenschiltach, Oberkirnach und Peterzell-Stockburg verfügbar. Hinzu komme die Jugendfeuerwehr, die Altersmannschaften sowie Jugendgruppe und Kindergruppe in St. Georgen.

Im Jahr 2025 laufe die Amtszeit des Kommandanten ab. Es würden sich Veränderungen andeuten. Auch seine Position stehe dann zur Wahl. Mittlerweile sehe er den Posten des Kommandanten als Hauptamt an. Im Ehrenamt sei diese Arbeit kaum stemmbar. Eine Nachfolge im Ehrenamt zu finden, werde sicher schwierig werden.

Der Auszug aus dem Feuerwehrbedarfsplan und der Konzeptfortschreibung zeige den Stand sowie die Planung der nächsten Jahre der Fahrzeuge, Gerätschaften und Gebäude auf. Für den Mannschaftswagen der Abteilung Oberkirnach müsse ein städtischer Schuppen in der Nähe des Gerätehauses für die Unterbringung genutzt werden.

Der Betrieb des Schienenfahrzeuges sei nach EU-Richtlinien nicht mehr möglich. Mitte letzten Jahres sei es außer Betrieb genommen worden. 25 Jahre konnte es für Einsätze auf den Schienen genutzt werden. Nun gebe es für Einsätze in Tunnel spezielle Atemschutzmasken, die von der Bahn

finanziert wurden. Wie das Material zum Einsatzort komme, sei allerdings noch nicht abschließend geklärt. Mit umliegenden Feuerwehren gebe es die „Tunnelfeuerwehren“, die sich über einen öffentlichen Vertrag zur Regelung der Überlandhilfe zusammengeschlossen hätten.

Krise-/Notfallplan, Digitalfunk, Alarmierungssysteme und Ersatzbeschaffungen seien immer wieder Themen über die gesprochen werden müsse. Im Rahmen der Feuerwehrsatzung sei es auch notwendig, die Feuerwehr-Kostenersatz-Satzung aus dem Jahr 2018 anzupassen.

Bürgermeister Rieger macht die Tunnelrettung Sorge. Die Bahn setze auf Selbstrettung.

Stadträtin Erchinger bedankt sich. Der Bericht zeige immer wieder auf, für was die Feuerwehren mittlerweile zuständig seien und welche Bereiche abgedeckt werden müssten. Und die Aufgaben würden stetig wachsen. Sie dankt für den großen Einsatz aller Feuerwehrkollegen und stimmt dem Vorschlag zu, über einen hauptamtlichen Kommandanten nachzudenken.

Stadträtin Heinzmann erkundigt sich, ob erfasst wurde, inwieweit durch erhöhte Brandschutzaufgaben weniger Menschen zu Schaden gekommen seien.

Herr Kleiner erklärt, es werde an vielen Stellen gesehen, dass die Brandschutzaufgaben wirksam seien. Oftmals hänge es aber an der Umsetzung der erhöhten Brandschutzaufgaben. Es gebe weniger Brandverletzte, dies sei erkennbar.

Stadtrat Schmider spricht allen Feuerwehrkollegen einen großen Dank für ihren Einsatz aus. Die Tagesverfügbarkeit könne zu einem großen Problem werden und er erkundigt sich, ob evtl. Einpendler dazu bewogen werden könnten, hier mitzuhelfen.

Herr Kleiner antwortet, daran sei man seit vielen Jahren. Dies bedeute aber auch einen zusätzlichen Ausbildungsaufwand, was viele davon abhalte, sich zu engagieren.

Stadtrat Fichter bedankt sich ebenfalls und fragt an, ob das Schienenfahrzeug ausschließlich für die Schienen verwendet wurde.

Herr Kleiner erklärt, es gehe um das weiterhin benötigte Material, das im Schienenfahrzeug lagere. Hier komme etwas auf die Stadt zu. Die Bahn werde mit einbezogen, aber was letztendlich bezuschusst werde, müsse erst noch gesehen werden.

Stadtrat Laufer zeigt sich stolz, dass alle Abteilungen so gut bestückt seien und bedankt sich bei Herrn Kleiner.

Stadtrat Bäsch spricht auch seinen Dank aus. Die Arbeit des Kommandanten im Ehrenamt seien schon sehr anspruchsvoll. Aus diesem Grunde müsse ernsthaft überlegt werden, eine Stelle zu schaffen, die einen Großteil der Bürokatiearbeiten übernehme.

Stadtrat Dörr bescheinigt Herrn Kleiner eine sehr gute Arbeit und dankt ihm. Er bittet aber auch, die Entschädigungen bei den Stellvertretern und Abteilungskommandanten anzupassen.

Stadtrat Heinzmann erkundigt sich, ob durch den Wegfall des Schienenfahrzeugs andere Konzepte greifen, wie z.B. Löschhubschrauber oder Bundeswehreinsätze.

Herr Kleiner erklärt es gebe zwei Hubschrauber mit Außenlastbehälter. Die Bundeswehr könne ebenfalls angefordert werden. Allerdings sei die Luftrettung im Bereich St. Georgen nicht kritisch.

Stadtrat Wentz fragt nach der Alarmierung und den Sirenen auf Dächern.

Herr Kleiner erklärt, mittlerweile gebe es neue Typen von Sirenen. Verschiedene Gemeinden würden investieren und ihre Städte ausrüsten. Wie es in St. Georgen weitergehe, müsse man schauen.

Bürgermeister Rieger bedankt sich bei Herrn Kleiner und allen Feuerwehrekommandanten. Er zeigt sich froh, dass St. Georgen über eine solche Truppe verfügen könne.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Bericht der Feuerwehr St. Georgen zu Kenntnis.

**7 Neufassung der Feuerwehrsatzung
Vorlage: 040/24**

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erläutert die Vorlage. Der Gemeindetag habe seine Mustersatzung angepasst. Daher müsse auch auf die eigene Satzung angepasst werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Neufassung der Feuerwehrsatzung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

Protokoll:

Bürgermeister Rieger begrüßt Herrn Westermann als Vorsitzenden des Entwicklungsbeirates. Im Jahre 2017 wurde das ISEK 2030 durch den Gemeinderat beschlossen. Die Hälfte der Zeit, die für die Umsetzung angesetzt wurde, sei bereits vergangen.

Herr Westermann erläutert die 12 Schlüsselprojekte und den Stand der jeweiligen Umsetzung sowie die Zuständigkeit. 51,8 % der angedachten Projekte und Ziele seien bereits umgesetzt. Die Präsentation ist dem Protokoll angehängt. Bei manchen Projekten sei mittlerweile nicht mehr klar, für was oder wie sie ursprünglich angedacht waren. Oftmals hingen Projekte auch zusammen oder kämen im Rahmen anderer Projekte zum Tragen. Etwa die Hälfte der offenen Bausteine könne nicht durch die Kommune bearbeitet werden. Auch sei die Sinnhaftigkeit einzelner Themen zu hinterfragen. Einzelne Themen seien noch sehr wenig bearbeitet, aber das Bewusstsein dafür sei vorhanden. Mit Beginn einer neuen Legislaturperiode werde es auch einen neuen Entwicklungsbeirat geben bzw. eine neue Zusammensetzung.

Stadtrat Fichter erkundigt sich, wie mit den offenen Themen, die nicht die Stadt betreffen, umgegangen werde.

Herr Westermann erklärt, der Entwicklungsbeirat habe wenig Erfolg und auch nicht den Auftrag, Externe zu beauftragen. Der Entwicklungsbeirat könne unterstützend tätig werden, wenn Privatpersonen auf ihn zukämen.

Bürgermeister Rieger erklärt, wichtig sei, dass die Stadt vorangehe und Impulse setze.

Stadtrat Heinzmann, auch Mitglied im Entwicklungsbeirat, erklärt, man müsse die Erkenntnis annehmen, dass der Entwicklungsbeirat alleine die Projekte nicht umsetzen könne. Der Wille bei Drittbeauftragten müsse auch vorhanden sein.

Herr Westermann bedankt sich zum Abschluss seiner Amtszeit als Schulleiter und Mitglied im Entwicklungsbeirat bei allen Beteiligten für die sachlichen Diskussionen und gute Zusammenarbeit.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt den Stand der Projekte aus dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept 2030 aus Sicht des Entwicklungsbeirats zur Kenntnis.

9 Zulassung eines Einwohnerantrags nach § 20 b Gemeindeordnung Vorlage: 038/24

Protokoll:

Bürgermeister Rieger erläutert die Vorlage. Heute müsse der Gemeinderat lediglich feststellen, ob der Einwohnerantrag zulässig sei. Wenn das der Fall sei, müsse innerhalb von drei Monaten der Sachverhalt im Gemeinderat behandelt werden. Dies sei in der Sitzung des Gemeinderats am 15.05.24 der Fall. In dieser Sitzung werden die Grundlagen und Daten auf die Tagesordnung gebracht.

Herr Costantino ergänzt, die Verwaltung sei nach der Gemeindeordnung verpflichtet, das Thema innerhalb von drei Monaten zu behandeln. Grundlage für die Zulässigkeit sei § 20b, der Punkt für Punkt abgearbeitet werde und keinen Spielraum lasse. Die größte Hürde seien die Unterschriften mit einer Vorgabe von 200. Dies sei im vorgelegten Einwohnerantrag erreicht worden. Daher spreche nichts gegen eine Zulässigkeit. Die Vertrauensperson werde zu der nächsten Sitzung des Gemeinderates eingeladen und werde zu dem Antrag gehört.

Beschluss:

1. Der Einwohnerantrag ist zulässig.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen der Ansiedlung eines Drogeriemarktes in der Industriestraße zu prüfen.
3. Die Verwaltung wird zudem beauftragt, die inhaltliche Behandlung des Einwohnerantrags fristgerecht auf die Tagesordnung der nächsten öffentlichen Sitzung des Gemeinderats am 15.05.2024 zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 21

Ablehnung: ./.

Enthaltung: ./.

10 Anfragen aus dem Gremium

Protokoll:

a) Ampelanlage Seebauernhöhe

Stadtrat Haas erkundigt sich, ob der Zebrastreifen, der aufgrund der defekten Ampelanlage eingerichtet wurde, in Zukunft bestehen bleibe.

Stadtbaumeister Tröndle verneint. Es sei aufgrund von Schulweg u.a. eine

Ergänzung und werde nach Wiederinbetriebnahme entfernt.

b) Roter Löwen – Beschilderung Toiletten

Stadtrat Noel gibt den Hinweis weiter, im Roten Löwen seien die Toiletten nicht eindeutig gekennzeichnet. Am Tag der offenen Tür habe der ein oder andere die falsche Toilette (Männer/Frauen) benutzt.

Bürgermeister Rieger ist der Meinung, die Beschriftungen seien eindeutig, lässt dies aber prüfen.

Für die Richtigkeit:

Der Vorsitzende:

Die Mitglieder:

Der Schriftführer:

St. Georgen, 26. August 2024